

# PROJEKTBERICHT

**Projektland: Ukraine**

**Datum: 09. September 2015**

## Wahlvorbereitungen in der Ukraine

Am 05. September 2015 gab die Zentrale Wahlkommission der Ukraine den Start der offiziellen Wahlvorbereitungen für die Kommunalwahlen am 25. Oktober 2015 bekannt. Nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2014 stellen diese Wahlen einen ersten Gradmesser der politischen Lage in der Ukraine dar und verdienen daher besondere Aufmerksamkeit. Die Hanns-Seidel-Stiftung unterstützt die Durchführung der Kommunalwahlen unter anderem durch lokale Wahlbeobachtung.

### 1. Umfeld

Der Beginn der Wahlvorbereitungen steht unter dem Eindruck der Proteste vor dem ukrainischen Parlament. Dort war es am 31. August 2015 bei der ersten Lesung des Gesetzes über die Verfassungsreform zu Ausschreitungen gekommen. Unter dringendem Tatverdacht wurde ein Mitglied der im Parlament vertretenen nationalistischen Partei "Swoboda" verhaftet. Es soll eine Granate geworfen zu haben, die drei Sicherheitskräfte tötete und Dutzende weitere zum Teil schwer verwundete.

Der zunächst friedliche Protest richtete sich gegen die in der Verfassungsreform vorgesehene Dezentralisierung und Kompetenzstärkung der lokalen Verwaltungsebene. Vor allem die in dem Gesetzentwurf vorgesehene *Möglichkeit* einer – in einem gesonderten Gesetz noch zu definierenden – Selbstverwaltung der Separatistengebiete in Donezk und Lugansk brachte nationalistische Gruppierungen gegen den Gesetzentwurf in Position. Der Ansatz, durch eine Verfassungsreform erste Schritte zu einer zukünftigen pragmatischen Lösung des Konfliktes im Donezbecken zu unternehmen, rief gewaltbereite nationalistische Kräfte auf den Plan. Trotzdem *darf* die Verfassungsreform nicht scheitern – ist sie doch ein wichtiger Schritt zur Umsetzung der im Abkommen Minsk II vereinbarten Regelungen, die noch deutlich weitergehende Autonomierechte für die

Regionen Donezk und Lugansk vorsehen als der jetzige Verfassungsentwurf<sup>i</sup>. Ein Scheitern der Suche nach politischen Lösungen und ein Wiederaufflammen der Kämpfe würde die Zahl der Toten und Verletzten dieses Konfliktes, die bereits jetzt in die Tausende geht, weiter erhöhen. Davon abgesehen, ist der Weg einer weiteren und nachhaltigen Dezentralisierung nach Meinung von Experten im In- und Ausland der einzig gangbare Weg für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Konsolidierung des Landes.

## 2. Wahlgesetz

Die Wahlen finden gemäß dem neuen Wahlgesetz der Ukraine statt, das erst Ende Juli in Kraft getreten ist. Zahlreiche politische und gesellschaftspolitische Akteure sind daher noch damit beschäftigt, sich mit den genauen Rahmenbedingungen der bevorstehenden Wahlen vertraut zu machen.

Sicher ist, dass die Krim nicht an den Wahlen teilnehmen wird. Ebenso steht fest, dass in Teilen der Gebiete (Oblasten) Donezk und Lugansk, in 91 beziehungsweise 31 Gemeinderäten<sup>ii</sup>, die Wahlen nicht durchgeführt werden können.<sup>iii</sup> Neuerungen des Wahlgesetzes sind die weitgehende Abkehr vom einfachen Mehrheitswahlrecht zum Verhältniswahlrecht sowie die Anhebung der Sperrklausel von 3% auf 5%. Damit soll einer Atomisierung der Parteienlandschaft und dem relativ starken Einfluss, der im Verhältniswahlrecht kleinen (und im ukrainischen Kontext möglicherweise radikalen) Parteien zukommen kann, entgegengewirkt werden. Die Bedeutung der Parteien als zentrale politische Akteure wird dadurch unterstrichen, dass in Direktmandatswahlkreisen (vor allem Stadt- und Kreisräte) auch direkt gewählte Kandidaten ihr Amt nicht antreten dürfen, falls ihre Partei an der 5% Hürde scheitert. Unabhängige Kandidaten sind nicht vorgesehen. Aller Voraussicht nach werden die Ergebnisse der bevorstehenden Kommunalwahlen nur eine halbe Amtszeit Bestand haben: Gemäß den Bestimmungen der derzeit im Gesetzgebungsprozess befindlichen Verfassungsreform wird bereits 2017 erneut gewählt werden müssen.

## 3. Parteien

Am 01. September 2015 schied die "Radikale Partei" aus Protest gegen die geplanten Verfassungsreformen aus der Regierungskoalition um den "Block Petro Poroschenko" aus. Die Partei "Samopomitsch" schloss fünf Mitglieder aus der Partei aus, die sich dem Fraktionszwang bei der Abstimmung über die erste Lesung der Verfassungsänderung widersetzt und für die Gesetzesvorlage gestimmt hatten. Damit hat die Regierungskoalition vor dem Beginn des Wahlkampfes 27 Sitze in der Obersten Rada, dem ukrainischen Parlament, verloren. Sie verfügt zwar immer noch über eine stabile Mehrheit von 279 der 450 Sitze, ein positives Signal für den Beginn des Wahlkampfes ist dies aber nicht. Positiver gestalten sich die Bemühungen Präsident Poroschenkos, seinen "Block Petro Poroschenko" (BPP) für die Kommunalwahlen zu



positionieren: Die Fusion mit der Partei UDAR ist vollzogen – Vitalij Klitschko ist Vorsitzender der neuen, um UDAR erweiterten Partei BPP geworden – und die Verhandlungen mit der "Volksfront" um Premierminister Jazenjuk, in einem Wahlbündnis mit gemeinsamer Liste anzutreten, beginnen vielversprechend.

Parteiübergreifend erkennbar ist ein zögerlich-abwartendes Verhalten den nationalistischen Parteien und Strömungen gegenüber. Einerseits distanzieren sich die Parteien des politischen Mainstreams deutlich von gewaltbereiten nationalistischen Gruppierungen. Andererseits will man den Bruch auch mit nationalistischen Radikalen nicht forcieren, bevor man nicht genauer erkennen kann, wo die Grenzlinie zwischen einem weitverbreiteten Nationalempfinden und extremistischen Nationalismus genau verläuft. Die bevorstehenden Wahlen werden auch dazu beitragen, diese Grenze auszuloten.

#### 4. Bedeutung der Kommunalwahlen

Die bevorstehenden Kommunalwahlen sind ein bedeutender Gradmesser der aktuellen politischen Situation der Ukraine. Als "mid-term-evaluation" der Regierung Poroschenko wird erwartet, dass die scheinbar undurchschaubaren politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Koalitionen und Verflechtungen deutlicher zu Tage treten werden. Auch wird sich zeigen, ob die Prognosen und Analysen richtig liegen und ob sich die relativen Gewichte der politischen Akteure seit der Parlaments- und Präsidentenwahl 2014 verschoben haben. Zwar werden die Ergebnisse der Kommunalwahlen nur indirekt Aufschluss über die politische Großwetterlage zulassen, denn auch in der Ukraine kann davon ausgegangen werden, dass in Kommunalwahlen der fachlichen und persönlichen Qualifikation der Kandidaten mehr Gewicht zukommt, als ihrer politischen Verbindung zur Zentralregierung. In der aktuellen schnelllebigen politischen und gesellschaftlichen Landschaft der Ukraine werden diese Daten wertvolle Informationen liefern. Falls die "Volksfront" gemeinsam mit BPP antreten sollte, wird insbesondere das landesweite Abschneiden von "Samopomitsch" um den Lemberger Bürgermeister Andrei Sadowij sowie von "Vaterland" um Julija Tymoschenko Aufschlüsse über die politischen Kräfteverhältnisse geben. Auch für Präsident Poroschenko werden die Wahlen wichtige Indizien liefern, ob er in seinem Ringen mit den wirtschaftlich und politisch einflussreichen Oligarchen, dem Versuch, die Freiwilligenbataillone des "Rechten Sektors" zu kontrollieren, dem Bestreben, den Separatisten im Donezckbecken *keinen* Grund zu liefern, das Waffenstillstandsabkommen Minsk II aufzukündigen und seinen Aufgaben als Präsident noch genügend Rückhalt in der Bevölkerung findet.

Besondere Aufmerksamkeit wird dem Abschneiden regionaler politischer Gruppierungen gelten: den politischen Flügeln lokaler Oligarchen, radikaler Nationalisten, aber auch lokalpolitischer Initiativen aus der Bürgerrechts- und Maidanbewegung als Gradmesser politischer Veränderungen im Land.

## 5. Projektaktivitäten

Die Hanns-Seidel-Stiftung fördert im Rahmen ihrer Projektaktivitäten die Kommunalwahlen in der Ukraine bei der Wahlbeobachtung. Hierbei geht der Fokus über technische Aspekte der Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen hinaus. Ziel ist eine Bestandsaufnahme der Dialogbereitschaft zwischen Administration, Parteien und Zivilgesellschaft einerseits, sowie eine Bewertung der Wahlbeobachterinnen und Wahlbeobachter zu ihrer Wahrnehmung über Bedrohungen der demokratischen Konsolidierung der Ukraine durch parlamentarische und außerparlamentarische Oppositionsgruppen und Verbände andererseits.

Hierbei wird sowohl mit landesweit agierenden NGOs zusammengearbeitet, als auch mit regionalen staatlichen Strukturen in der Schwerpunktregion Dnipropetrowsk. In Dnipropetrowsk wird der Ansatz der Wahlbeobachtung darüber hinaus durch Maßnahmen zur Fortbildung der Wähler (voter's education) erweitert: In dem Gebiet halten sich zehntausende Binnenvertriebene aus den Separatistenregionen Donezk und Lugansk auf. Die Gebietsverwaltung unternimmt alle Anstrengung, um den betroffenen Personen die Wahlbeteiligung zu ermöglichen. Die logistische Herausforderung verlangt allerdings das Engagement der betroffenen Bürgerinnen und Bürger, um sich beispielsweise vor dem Wahltag zu versichern, dass sie in die Wählerverzeichnisse aufgenommen wurden. Hier setzen die Trainingsmaßnahmen der HSS an.

### Daniel Seiberling

Der Autor ist Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung für die Ukraine, Republik Moldau und Rumänien mit Sitz in Kiew, Ukraine.

#### IMPRESSUM

Erstellt: 09. September 2015

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2015

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.,

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Dr. Susanne Luther, Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [iiz@hss.de](mailto:iiz@hss.de), [www.hss.de](http://www.hss.de)

<sup>i</sup> <http://www.ibtimes.com/minsk-ceasefire-deal-full-text-agreement-between-russia-ukraine-germany-france-1814468>

<sup>ii</sup> <http://rian.com.ua/politics/20150829/372890060.html>

<sup>iii</sup> Die Situation in den selbstproklamierten Volksrepubliken Donezk und Lugansk ist unter anderem deswegen unübersichtlich, weil die Grenzen der von den Separatisten gehaltenen Gebiete nicht mit den administrativen Grenzen der betroffenen Gebiete (Oblasten) übereinstimmen.